Ende Juli 2026 schrieb der russische Inlandsgeheimdienst FSB den Telegram-Gründer Pawel Durow international zur Fahndung aus. Ihm wird wegen der Weigerung, von Moskau als Sicherheitsrisiko eingeschätzte Kanäle löschen zu lassen, die Unterstützung von ukrainischem Terrorismus vorgeworfen. In Frankreich läuft gegen ihn bereits seit August 2024 ein Strafverfahren aus Gründen – wie es heißt – „mangelnder Moderation" von Telegram-Diensten. Nach der Hinterlegung von fünf Millionen Euro Kaution wurde er aus der Haft entlassen und muss sich seither regelmäßig bei den französischen Behörden melden. Von **Hannes Hofbauer**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260804_Pawel_Durow_Millionaer_zwischen_allen_Stuehlen_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Nomade mit vier Staatsbürgerschaften

Wer ist dieser Pawel Durow, dem neben französischen und russischen Verfolgern auch schon die frühere deutsche Innenministerin Nancy Faeser seinen gesamten Messenger-Dienst *Telegram* abschalten wollte?

Er selbst bezeichnet sich als „digitalen Nomaden", lebt beziehungslos und spricht stolz über mehr als 100 Kinder in einem guten Dutzend Ländern, die mit seiner Samenspende zur Welt kamen. Sein derzeit geschätztes Vermögen von 15 Milliarden US-Dollar will er, ganz der Arroganz der neuen Superreichen entsprechend, dereinst „gerecht" unter ihnen aufteilen. Neben der russischen besitzt der „Nomade" noch die französische und die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Arabischen Emirate sowie jene der karibischen Zwerginsel Sankt Kitts und Nevis, die er sich 2014 durch die Investition in eine Zuckerfabrik gekauft hatte.

Geboren 1984 in Leningrad, verlebte er seine Kindheit großenteils in Italien, wo sein Vater an der Universität Turin lehrte. Gemeinsam mit seinem Bruder Nikolai gründete Pawel im Oktober 2006 das russische Netzwerk *Vkontakte.ru*, aus dem später *vk.com* mit 100 Millionen Nutzern wurde. Der Aufbau von *Telegram* folgte im Jahr 2013. Kurz darauf verließ Durow *vk.com*, nachdem er von behördlicher Seite zum Verkauf gedrängt wurde, weil er dem russischen Geheimdienst keine Nutzerdaten zur Verfügung stellen wollte. Dabei ging es dem FSB unter anderem darum, mithilfe von *vk.com* Protestgruppen gegen angebliche

oder tatsächliche Wahlfälschungen im Dezember 2011 leichter ausspionieren zu können. Auch die Weigerung von Durow, die Seiten des Oppositionellen Alexej Nawalny, dem er politisch nicht nahestand, zu sperren, stieß dem Kreml sauer auf.

Am 16. April 2014 beschlagnahmten russische Beamte während einer Hausdurchsuchung den Telegram-Server. Durow ging daraufhin ins Exil nach Dubai, besorgte sich die Staatsbürgerschaft einer kleinen Karibik-Insel und baute *Telegram* zu einem der führenden Netzwerke auf. Mit 950 Millionen Nutzerinnen und Nutzern gehört er zu den weltgrößten Digitalkonzernen. Sein Zulauf in Westeuropa speiste sich auch in Reaktion auf die EU-europäische, insbesondere auch deutsche Zensurwelle, die während der Corona-Zeit den US-Konkurrenten *Facebook* zu einer veritablen Löschungsmaschine im Dienst der Politik werden ließ.

Am 24. August 2024 wurde Pawel Durow am Flughafen Le Bourget nahe Paris verhaftet. Die französischen Behörden werfen ihm unzureichende Kooperation vor, weil er *Telegram* nicht den Vorgaben des EU-weit gültigen Digital Services Acts unterwirft. Dieses „Gesetz über digitale Dienste“ verpflichtet alle Anbieter von entsprechenden Netzwerken, das umfassende EU-Regelwerk zur digitalen Welt nicht nur umzusetzen, sondern auch zu exekutieren. Damit lagert Brüssel, wie zuvor bereits Deutschland mit seinem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, hoheitliche Vorgänge ohne weitere richterliche Behandlung an private Großkonzerne aus. Diese werden verpflichtet, EU-Richtlinien umzusetzen, auch wenn sie – wie Durows *Telegram* oder Elon Musks *X* – ihre Sitze außerhalb der Europäischen Union haben.

Offiziell wird im Fall von *Telegram* von unzureichender „Moderation“ gesprochen, die Drogenhandel und Kinderpornographie auf Telegram-Kanälen ermögliche. Dazu kommen aber auch durchaus politische Vorgaben, die Brüssel über die Bande des Netzwerk-Riesen durchgesetzt haben will. Diese werden unter Schlagworten wie „Hassrede“ und „Desinformation“ im Gesetz über digitale Dienste eingefordert. So berichtet Durow beispielsweise von einer seltsamen persönlichen Begegnung mit dem Chef des französischen Auslandsgemeindienstes DGSE, Nicolas Lerner, im Pariser Hotel de Crillon, in dem dieser ihn aufforderte, in die rumänischen Wahlen einzugreifen. *Telegram* sollte, so Durow, konservative Stimmen im Wahlkampf sperren. Durow lehnte eigenen Angaben zufolge das geheimdienstliche Ansinnen ab.

Bereits im Januar 2022 geriet Durow ins Fadenkreuz der zensurfreudigen deutschen Innenministerin Nancy Faeser von der SPD. Sie dachte laut über ein komplettes Abschalten von *Telegram* nach, weil über dieses Netzwerk „rechtsextreme Hetze“ betrieben werden könne. Faeser scheiterte kläglich, sowohl an der technischen Machbarkeit als auch an den

(geo)politischen Verhältnissen. Über die Verschlüsselung von Internetverbindungen mithilfe von beispielsweise Tor (The onion router) oder VPN-Netzwerken kann Zensur in einem Land leicht durch andere, weltweit aufgestellte Server umgangen werden. Und weil *Telegram* in Dubai beheimatet ist, schaffte es das deutsche Innenministerium nicht einmal, einen Bußgeldbescheid über fünf Millionen Euro rechtsgültig an eine Adresse von *Telegram* zuzustellen.

Eine Goodwill-Aktion von Pawel Durow dürfte die Lösch- und Klagewut der Innenministerin gezügelt haben. Am 9. Februar 2022 sperrte *Telegram* von sich aus erstmals in Deutschland die Kanäle eines Staatsfeindes, nämlich jene von Attila Hildmann. Der Berliner mit türkischen Wurzeln hatte sich als Koch veganer Gerichte einen Namen gemacht und radikalisierte sich gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Er verglich die damaligen Grundrechtseinschränkungen mit der Zeit des Nationalsozialismus und sprach von „Corona-KZs“, wenn er Ausgehverbote meinte. Einer Verhaftung wegen des Verdachts auf NS-Wiederbetätigung und Volksverhetzung entzog er sich durch Flucht in die Türkei.

Telegram im Krieg

Dass die Behörden kriegführender Länder die Heimatfront besonders im Auge behalten und kontrollieren, lehrt nicht nur die Geschichte, sondern findet freilich auch in der aktuellen ukrainisch-russischen Auseinandersetzung statt. Das Verbot von staatskritischen Organisationen und missliebigen Parteien gehört genauso dazu wie eine umfassende Zensur. Im Kriegsrecht verschärfen sich derlei Maßnahmen zusätzlich.

Es verwundert also nicht, dass auch die immer bedeutsamer werdende digitale Welt in den Fokus von Geheimdiensten und Gerichten gerät. Der Messenger-Dienst *Telegram* wird dies- und jenseits der Frontlinie von jeweils ca. drei Viertel der ukrainischen und der russischen Bevölkerung benützt. Die Tendenz ist absteigend, weil hüben wie drüben Repressionsmaßnahmen gegen allzu freie, sprich: unkontrollierbare Kommunikation angestrengt werden – und bereits im Gange sind.

In Russland zog die Medienregulierungsbehörde „Roskomnadsor“ am 10. Februar 2026 die Zügel gegen das nach wie vor frei durch das Internet galoppierende *Telegram* fester an. Ein Jahr zuvor brachte *vk.com*, das sich mittlerweile über ein Konsortium rund um Gazprom in quasi-staatlicher Hand befand, die App und den Kurznachrichtendienst „Max“ auf den Markt. Damit war eine handhabbare Alternative zu *Telegram* geschaffen. Um den politisch gewünschten Umstieg vom unkontrollierbaren *Telegram* auf das transparente und willige „Max“ zu erleichtern, schrieb der Staat die Installation von „Max“ auf allen in Russland verkauften Smartphones und Tabletts vor und verpflichtete staatliche Stellen wie

Ministerien, Spitäler oder Universitäten zur Verwendung des neuen Dienstes. Als der gewünschte Erfolg nicht rasch genug eintrat, weil viele User ihre alten Gewohnheiten nicht aufgeben wollten und sich auch unter staatlichen Fittichen nicht wohl fühlten, griff Roskomnadsor zu einer schärferen Maßnahme und drosselte die Geschwindigkeit der Telegram-Portale.

Zum Eingriff des Inlandsgeheimdienstes FSB kam es dann Ende Juli 2026. Nachdem insbesondere auf dem Dating-Chatbot von *Telegram*, „Daiwintschik/Leo“, ukrainische Aktivitäten festgestellt worden waren, forderte die Behörde Pawel Durow auf, die verschlüsselten Nutzer sichtbar und verfolgbar zu machen. Durow lehnte ab und ließ sich auf seinem Account mit dem Stinkefinger abbilden. Auf „Daiwintschik/Leo“ surften zu diesem Zeitpunkt zwölf Millionen vorwiegend Jugendliche, um „neue Freunde kennenzulernen“, wie es auf dem Portal hieß. Unter diese „neuen Freunde“ hatten sich in den Monaten zuvor – nach Auskunft des FSB – ukrainische Anwerber gemischt, die russische Jugendliche für Sabotageaktionen gewinnen wollten. Den Angaben des FSB zufolge waren 46 junge Menschen als sogenannte Wegwerfagenten festgenommen worden, denen Ermittler die Planung und/oder Durchführung bewaffneter Überfälle oder Brandstiftungen nachweisen konnten und die sich dafür auf „Daiwintschik/Leo“ mit als „neue Freunde“ getarnten ukrainischen Agenten verabredet hatten.

Am 28. Juli 2026 wurde gegen Durow wegen „Unterstützung des ukrainischen Terrorismus“ ein Haftbefehl erlassen. Zwei Tage später setzte die russische Finanzaufsichtsbehörde „Rosfinmonitoring“ den digitalen Nomaden auf eine Extremistenliste, was als Vorbereitung zum Zugriff auf etwaig in Russland vorhandenes Vermögen gesehen wird.

In der Ukraine wiederum ist die Nutzung von *Telegram* auf Diensthandys von Staatsangestellten und Beschäftigten von kritischer Infrastruktur verboten. Insbesondere steht das Telegram-Portal „Deep-State“ unter staatspolizeilicher Beobachtung. Es räumt fallweise auch kritischen Stimmen zur politischen und Militärführung – nach seinem Motto „Politiker ändern sich, der Deep State nicht“ – Platz ein. Beamte und Militärs dürfen es nicht verwenden. Wird ein Soldat dabei erwischt, kommt er – wie sein russisches Gegenüber – schneller als die Kameraden in den Fleischwolf, indem er ein gefürchtetes „One-Way-Ticket“ an die vorderste Frontlinie erhält.

Zum Verhältnis von Kapital und Staat

Obszöner Reichtum wie jener von Pawel Durow, dessen geschätztes Vermögen von 15 Milliarden US-Dollar dem Jahresbudget kleiner Länder wie Zypern oder Island entspricht, agiert entsprechend; ganz zu schweigen von seinem Digital-X-Kollegen Elon Musk, der sich

mit dem Staatshaushalt von Spanien, Russland oder Indien messen kann. Die Arroganz der Macht ist Kapitaleignern in dieser Größenordnung offensichtlich immanent und bestimmt ihr Verhältnis zum Staat.

Allerdings kann Kapitalverwertung nicht ohne staatliche Rahmenbedingungen vor sich gehen. Wie diese ausgestaltet sind, genau darüber definieren sich Gesellschaften. Vom libertären Ansatz bis zur sozialen Marktwirtschaft rheinischer Prägung unterscheiden sie sich beträchtlich voneinander. Worüber überall gleichermaßen gestritten wird, ist das Verhältnis von Staat und Kapital zueinander.

Der Fall Durow zeigt mehrerlei. Da ist zum einen die extreme Rasanz, mit der einzelne Personen neuen Reichtum in der erst seit Kurzem etablierten Digitalindustrie akkumulieren konnten. Wer bereits als 30-Jähriger – ohne entsprechende familiäre Grundlage – Milliarden von US-Dollar an Vermögen angehäuft hat, dem fehlt schon aus Zeitgründen die Möglichkeit zur Aneignung von sozialer Kompetenz oder tradierten kulturellen Techniken. Folgerichtig definiert sich Durow als „Nomade“, der außerhalb gesellschaftlicher Normen steht bzw. stehen will. Wenn dann allerdings einzelne und immer mehr Staaten in seine Akkumulationsmaschine eingreifen wollen, aus welchen Gründen immer, dann wird die reale Welt, in der er sich als Nomade bewegen kann, immer kleiner. In Russland wird er gesucht, der internationale Haftbefehl könnte ihn auch außerhalb Russlands jederzeit und an vielen Orten dieser Welt ereilen; in Frankreich muss er sich regelmäßig polizeilich melden; in Deutschland könnte ihm während eines Aufenthalts ein unangenehmer Bescheid zugestellt werden …

Auf der anderen Seite kann es sich Durow gerade wegen seines rasch zusammengerafften Vermögens, für dessen Zustandekommen er sich niemandem und vor allem auch keinem Staat verpflichtet fühlt, leisten, staatliche Vorgaben zu missachten oder zu verhöhnen; freilich um den oben beschriebenen Preis. Deshalb steht er – wie auch Musk – für freie Kommunikation. Unternehmen wie *Telegram* oder *X* leben von dieser Freiheit. Dass es ausgerechnet sozial inkompetente Neureiche sind, die der allseits um sich greifenden Zensur Paroli bieten, mag als Widerspruch empfunden werden. Tatsächlich spiegelt sich darin ein post-industrielles Verhältnis zwischen Kapital und Staat im digitalen Zeitalter wider.

Von Hannes Hofbauer ist zum Thema erschienen: Zensur. Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung (Promedia Verlag 2022)

Titelbild: El editorial/shutterstock.com

Mehr zum Beitrag

Die Verhaftung von Pawel Durow – Warum gerade jetzt?

Neue Entwicklungen im Fall des Telegram-Chefs Pawel Durow